

Gezeigt werden die Auswirkungen der NS-Herrschaft auf den deutschen Südwesten, wobei den Kirchen, der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Schulpolitik besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Sehr eingehend wird auch die nationalsozialistische Rassenpolitik, vor allem die Ausgrenzung und Verfolgung von Juden, dargestellt. Es folgen Abschnitte über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Baden und Württemberg sowie die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs und das Kriegsende im Südwesten.

Überzeugend und kenntnisreich werden die wechselhaften und durch Krisen und Exzesse von Gewalt und Barbarei in beispiellosem Umfang und Ausmaß geprägten Zeiten in den südwestdeutschen Ländern in straffer Form präsentiert. Dabei werden die politischen Traditionen Württembergs und Badens jeweils miteinander verglichen und die Ereignisse in den beiden Ländern in die Entwicklung auf nationaler Ebene eingebettet. Besondere Themen oder regionale Episoden werden in Kästen optisch hervorgehoben. Der Band enthält außerdem eine Zeittafel, Literaturhinweise sowie Tabellen mit den Landtagswahlen, den Staatspräsidenten und den Reichstagswahlen in Baden und Württemberg von 1919 bis 1933. Aufgrund der vorgegebenen Kompaktheit können zwangsläufig nicht alle Aspekte behandelt werden. Das Buch bietet jedoch einen erstklassigen Einstieg in die Geschichte beider Länder in der Weimarer Republik und unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Es ist auch einem breiteren Publikum zu empfehlen.

Michael Wettengel

Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern. Bd. 2: Das Kabinett Bock 1947-1948 (Die Kabinettsprotokolle von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern 1945-1952. III. Teil). Hg. von der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Bearb. von *Frank Raberg*. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag 2008; CI, 494 S., 42,- EUR

Im historischen Bewußtsein der Deutschen dürfte die nur wenige Jahre währende Existenz des Landes Württemberg-Hohenzollern kaum noch präsent sein. Mehr oder weniger lediglich als Folge der Schaffung einer französischen Besatzungszone gebildet, umfaßte das Land den relativ dünn besiedelten und vorwiegend agrarisch strukturierten südlichen Teil Württembergs sowie die bis 1945 zu Preußen gehörenden Hohenzollerschen Lande, während das bayerische Lindau nur verwaltungsmäßig verbunden wurde. Hauptstadt war Tübingen, während der Landtag im idyllischen Bebenhausen tagte. Daß dieses Land mit einem Territorium von gut 10.000 km<sup>2</sup> und etwa 1,1 Millionen Einwohnern längerfristig nicht überlebensfähig sein würde, war allen agierenden Politikern wohl bewußt. Die Verbindung mit Württemberg-Baden wurde durch die regelmäßige Teilnahme von Staatsrat Carlo Schmidt an den Sitzungen des Stuttgarter Kabinetts gewahrt. Zur Vorbereitung einer künftigen Vereinigung mit Württemberg-Baden wurde bereits im November 1947 ein Gremium von Fachbeamten gebildet. Dennoch ging das Land erst im Mai 1952 in das neue Bundesland Baden-Württemberg auf.

Nachdem am 17. Mai 1947 eine erste Landtagswahl stattgefunden hatte, bei der die CDU mit 32 Mandaten die absolute Mehrheit erlangt hatte, wurde am 8. Juli 1947 der CDU-Politiker Lorenz Bock zum Regierungschef mit dem Titel eines Staatspräsidenten gewählt; der Regierung gehörten Minister aus CDU, SPD und DVP an. Zu ihnen gehörten als Persönlichkeiten, die ab 1949 in der Bundespolitik eine Rolle spielen sollten, Carlo Schmid (SPD) als Stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Eberhard Wildermuth (DVP), der im ersten Kabinett Adenauer für die FDP Bundesminister für Wohnungsbau wurde.

Das Kabinett Bock – die offizielle Bezeichnung lautete “Staatsministerium” – hielt zwischen dem 24. Juli 1947 und dem 13. August 1948 insgesamt 69 Sitzungen ab, die alle protokolliert wurden. Die Beratungsgegenstände geben ein ebenso buntes wie eindringliches Abbild der aktuellen Probleme des Landes wieder. Sie betreffen angesichts der Kleinräumigkeit des Staatsgebildes vielfach fast Lokales, reichen aber zugleich bis in gesamtstaatliche Fragestellungen hinein, etwa wenn über die Ministerpräsidentenkonferenzen im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik Deutschland beraten wurde. In den Protokollen spiegeln sich zugleich die Aktivitäten anderer zentraler Gremien und Gesprächsrunden des Landes, weil über sie in den Sitzungen des Staatsministeriums referiert wurde. Regelmäßige Tagesordnungspunkte waren: Berichte über die Besprechungen des Staatspräsidenten mit dem Militärgouverneur sowie Berichte über die Beratungen der Ministerpräsidenten der französischen Zone sowie von einzelnen Fachministerkonferenzen.

Einen sehr breiten Raum nehmen die zahlreichen Konflikte mit der französischen Militärregierung ein, die schließlich sogar zum Rücktritt der Regierung führen sollten. Dabei handelte es sich um Entnahmen aus der ohnehin schwachen Industrie im Rahmen von Reparationsleistungen, geplante Demontagen, Requisitionen aller Art, die Aufnahme von französischen Ferienkindern, das Aufbringen und die Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten, insbesondere Fleisch, wozu auf Anweisung der Militärregierung zeitweise sehr rigoros Polizeikräfte eingesetzt wurden. Man darf wohl zu Recht vermuten, dass Carlo Schmid aufgrund der in diesem Land gemachten Erfahrungen zum führenden Protagonisten für die Forderung nach einem Besatzungsstatut wurde, in dem die Rechte der Besatzungsmächte kodifiziert und begrenzt werden sollten. Im Kontext der Schaffung der Bundesrepublik wurde seine Forderung, die er erstmals bereits auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vom Juni 1947 vor einer großen Öffentlichkeit formuliert hatte, ja auch realisiert.

Nachdem Bock, der ohne Rücksicht auf seine Gesundheit bis zuletzt um eine Lösung in den Auseinandersetzungen um Demontagefragen mit der Militärregierung gekämpft hatte, am 4. August 1948 verstorben war, erklärte Carlo Schmid am 6. August den Rücktritt der Regierung, weil diese nicht an Maßnahmen mitwirken könne, die den Lebensstandard des Volkes zwangsläufig unter jedes erträgliche Maß herabdrücken würde.

Die Edition stellt der historischen Forschung eine für die Geschichte des Landes zentrale Quelle zur Verfügung, selbst wenn die Ausführlichkeit in der offiziellen und bürokratischen Protokollführung gelegentlich Wünsche offen läßt. Inoffizielle Mitschriften von einzelnen Teilnehmern oder zu einzelnen Tagesordnungspunkten, die den Verlauf der Diskussionen farbiger abbilden würden, ließen sich offenbar nicht ermitteln. Frank Raberg, der die Protokolle des ersten und zweiten Staatssekretariats Schmid (2004) in der gleichen Reihe publiziert hat und sich durch weitere einschlägige Arbeiten als Spezialist für die Geschichte dieses Landes in besonderem Maße bereits profiliert hat, hat die Edition sehr sachkundig bearbeitet. Die Einleitung führt souverän in die Materie ein und skizziert souverän die historischen Abläufe. Auch die äußere Aufmachung des Bandes läßt keine Wünsche offen. Die Entscheidung, einen Kontext zu den Sachakten der Staatskanzlei und einzelner Ressorts im Anmerkungsapparat nicht herzustellen, ist vertretbar, weil das vermutlich die Dimensionen der Publikation gesprengt hätte.

Wolfram Werner